

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 28.11.2017

**Westschule, Kölner Straße 71, 58509 Lüdenscheid, anschließend Fortsetzung der
Sitzung im Rathaus, im Ratssaal**

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	anwesend bis 19.10 Uhr
Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU	
Ratsherr Timothy Kahler	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	anwesend ab 17.15 Uhr
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD	
Frau Julia Decker	Bündnis 90/ Die Grünen	
Frau Gesthimani Demirtzoglou	CDU	
Frau Brunhilde Gromball	FDP	
Herr Jamel Hellwig	SPD	anwesend bis 19.10 Uhr
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.	anwesend ab 17:15 Uhr
Frau Anette Schwarz	FDP	anwesend ab 17.35 Uhr
Herr Andreas Stach	Bündnis 90/ Die Grünen	
Frau Helga Poimann	Fraktionslos	anwesend ab 17.15 Uhr

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos	abwesend ab 17.35 Uhr
Herr Lothar Büth	Fraktionslos	
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos	
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos	
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos	anwesend ab 17.42 Uhr
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos	
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß	Internationale Liste der SPD
------------------	---------------------------------

Gäste:

Frau Tanja Tschöke

Schulamt des Märkischen Kreises,
anwesend ab 17.35 Uhr

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Herr Andreas Hostert
Frau Kerstin Kotziers
Herr Frank Kusmirtz
Herr Franz Schulte-Huermann
Herr Georg Thomys
Herr Andreas Beckmann
Herr Falk Dietrich
Frau Sabine Dietrich
Herr Dierk Gelhausen
Frau Susanne Gerlach
Frau Kathrin Krystosek
Herr Peter Meltzer
Herr Karl-Heinz Spangenberg

Schriftführung:

Frau Anke Keller

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Monika Oettinghaus

Alternative für
Lüdenscheid
SPD

Ratsfrau Ramona Ullrich

Vertreter Ratsherr Fabian Ferber

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Markus Geisbauer

Fraktionslos

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:34 Uhr

1. Ortsbesichtigung mit Aussprache; hier: Turnhalle der Westschule

Herr Thomys (Fachdienst Bauordnung) erläutert in der Turnhalle der Westschule die sicherheitsrechtlichen Gründe, warum dort Schulveranstaltungen, wie z. B. die Einschulung der Erstklässler, aktuell nicht möglich seien, und verweist in diesem Zusammenhang auf die maßgeblichen baurechtlichen Vorschriften. Das Ziel sei jedoch, die schulischen Örtlichkeiten sukzessive baulich so umzugestalten, dass Schulveranstaltung bis zu 200 Personen wieder vor Ort in den Schulen durchgeführt werden können.

Herr Meltzer stellt folgend das Brandschutzkonzept vor und schildert die beabsichtigte Umsetzung.

Fragen der Ausschussmitglieder werden direkt beantwortet. Eine weitere Behandlung dieser Thematik folgt unter TOP 3 dieser Sitzung.

2. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

3. Berichtswesen; hier: Nutzung von Turnhallen für Schulveranstaltungen Vorlage: 242/2017

Herr Reuver erklärt eingangs, dass zur adäquaten Beantwortung der Anfrage von Frau Göldner und Ratsherrn Adam aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 12.09.2017 nun die formelle Form des Berichtswesens gewählt wurde.

Folgend vertieft Herr Thomys die bereits in der Turnhalle der Westschule angesprochenen rechtlichen Problematiken zum Thema Baurecht und Nutzungsänderungen anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Auf Bitte von Ratsherrn Voß wird dieser Powerpoint-Vortrag der Niederschrift als Anlage beigefügt. Weiter ist diese Präsentation über die Homepage der Stadt Lüdenscheid (Bürgerinfoportal) einsehbar. Eine Versendung in Papierform erfolgt nicht.

Ratsherr Adam dankt für diesen Bericht und die Beantwortung der Anfrage. Leider sei jedoch nicht hinreichend auf die Frage 2, die er im September gestellt habe, eingegangen worden. Ratsherr Adam stellt daher im Namen der CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Welche Rechtsvorschriften begründen die Entscheidung, die Turnhallen für eine Begrüßung der Schulanfänger nicht zur Verfügung zu stellen? Gilt für die Turnhallen die Versammlungsstättenverordnung? Die CDU bittet um eine Überprüfung durch das Rechtsamt der Stadt.

Ratsherr Adam bittet um Angabe der maßgeblichen Paragraphen der entsprechenden Rechtsvorschriften und weiter möge das Rechtsamt zudem prüfen, ob mögliche Ermessensentscheidungen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und auch wohlwollend den Schulen gegenüber getroffen worden seien. Er schließt, dass die derzeitige Situation nicht tragbar wäre.

Ratsherr Voß sagt eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu.

Herr Utsch schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Adam an. Schulveranstaltungen würden zum Schulleben gehören. Die Schulleitungen seien nun tagtäglich mit dieser Problematik konfrontiert. Es müsse dringend Planungs Klarheit geschaffen werden. Herr Reuver antwortet darauf, dass seitens der Verwaltung daran gearbeitet werde, die jeweils erforderlichen Nutzungsbedingungen zu erfüllen und somit schulische Veranstaltungen bis zu einer Teilnehmerzahl von 200 Personen zu ermöglichen. Bis dahin werde die Stadt – falls im Einzelfall erforderlich - alternative Veranstaltungsorte, wie z. B. durch Anmietung des Kulturhauses, anbieten. Dazu seien auch Mittel in den Haushalt 2018 eingestellt worden.

Abschließend nimmt der Schul- und Sportausschuss den Bericht Nr. 242/2017 einstimmig zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**4. Berichtswesen;
hier: Schulentwicklungsplanung Förderschulen – Friedensschule
(Mündlicher Bericht)**

Herr Reuver bezieht sich auf den Ratsbeschluss vom 12.12.2016 (siehe Sitzungsdrucksache Nr. 212/2016). Dieser Ratsbeschluss wurde unter dem Vorbehalt gefasst, dass die Schülerinnen und Schüler der Friedensschule, Standort Lüdenscheid, ab 01.08.2018 den gewählten Bildungsgang an der Mosaikschule, Standort Lüdenscheid und die Schülerinnen und Schüler der Friedensschule, Standort Plettenberg, den gewählten Bildungsgang an der Mosaikschule, Standort Lenneschiene (Altena, Plettenberg oder Werdohl) fortsetzen können.

Nunmehr hat der Kreistag des Märkischen Kreises am 19.10.2017 Änderungen hinsichtlich der zukünftigen Standorte der Friedensschule beschlossen. Die Bezirksregierung habe daher die Stadt Lüdenscheid um Mitteilung gebeten, ob aufgrund dessen von der Vorbehaltsregelung Gebrauch gemacht wird.

Zwischen den Fraktionen herrscht Konsens, dass die geänderte Entscheidungsfindung durch den Beschluss des Kreistages vom 19.10.2017 sehr bedauerlich und in Teilen nicht nachvollziehbar sei. Es wurde einvernehmlich festgestellt, dass der Standort der jetzigen Friedensschule in der Freiherr-vom-Stein-Straße die besten Voraussetzungen für die bestehenden Kooperationen vor Ort biete. Gleiches gelte für dort vorhandene Räumlichkeiten, u. a. für die des Ganztagsbetriebes.

Herr Reuver informiert weiter, dass am 17.11.2017 ein Gespräch mit Vertretern des Märkischen Kreises stattgefunden habe. Hier wurde jedoch auf den gültigen Kreistagsbeschluss vom 19.10.2017 verwiesen. Es sei nicht beabsichtigt, davon abzuweichen.

Sofern nun von der Vorbehaltsregelung Gebrauch gemacht werden würde und die Friedensschule zurück in die städtische Trägerschaft geführt werde, bedürfe es laut der Bezirksregierung Arnsberg einer aktualisierten Schulentwicklungsplanung einschließlich Stellungnahmen der Nachbarkommunen.

Die umliegenden Kommunen haben bereits signalisiert, dass sie keine Kooperation im Rahmen des Förderschulwesens mit der Stadt Lüdenscheid eingehen werden, so Herr Reuver. Dadurch sei keine konstante Schülerzahlenentwicklung gewährleistet. Es sei daher zu befürchten, dass die Friedensschule zukünftig nicht den Anforderungen der Mindestgrößenverordnung für die Förderschulen genüge. Dann seien schulorganisatorische Maßnahmen zu beschließen, darunter würde z.B. die jahrgangswise Auflösung fallen. Weiter werde die untere Schulaufsicht eine Lösung mit Schülerinnen und Schülern nur aus Lüdenscheid nicht unterstützen. Herr Reuver betont, dass sich die Verwaltung stets für den Verbleib der Schule am Standort in der Freiherr-vom-Stein-Straße eingesetzt habe.

Nach weiterer Diskussion teilt Ratsherr Voß mit, dass dieser Ausschuss darüber abstimmen müsse, ob von diesem Vorbehalt Gebrauch gemacht werde. Dieses müsse anschließend auch als Vorlage in den Rat eingebracht werden.

Der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses stellt daher folgendes zur Abstimmung:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, den Vorbehalt aus Punkt 4 des Beschlusses vom 12.12.2016 zur Schulentwicklungsplanung Förderschulen; hier: Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen (vgl. Sitzungsdrucksache Nr. 212/2016) aufzulösen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Berichtswesen; hier: Förderung der Schulfähigkeit (Mündlicher Bericht)

Ratsherr Voß bezieht sich auf den Bericht zum Thema „Förderung der Schulfähigkeit“, welcher in der Ausschusssitzung am 04.07.2017 behandelt wurde, und erteilt Herrn Hostert das Wort.

Herr Hostert erläutert kurz die Entstehung des Projekts „Förderung der Schulfähigkeit“ im Jahre 2009. Die VHS sei seinerzeit vom Schulausschuss mit der Durchführung des Projekts beauftragt worden. Seitdem werde diese Förderung bei den teilnehmenden neun Grundschulen erfolgreich angeboten. Die hohe Wirksamkeit der Maßnahme wurde durch den im Juli vorgestellten Bericht dokumentiert.

Die Umsetzung sei jedoch mit den derzeit zur Verfügung gestellten städtischen Mitteln in Höhe von 90.000 € nicht mehr auskömmlich. Herr Hostert verweist auf die veränderten Rahmenbedingungen, die seit 2009, z. B. durch die Umsetzung der Inklusion und durch die Zuwanderung von Flüchtlingen, entstanden seien.

Nach vorliegendem Haushaltssicherungskonzept, Maßnahmen-Nr. 103a, sollen diese Mittel noch weiter reduziert werden (Reduzierung des Ansatzes Förderung von Bildungschancen ab 2018 von 90.000 € auf 80.000 € und ab 2019 auf 70.000 €). Die Umsetzung der HSK-Maßnahme ist jedoch an die Wirksamkeit des Projekts gekoppelt.

Herr Hostert führt aus, dass die Notwendigkeit der Weiterführung dieses Projektes hinlänglich bekannt sei. Eine Erhöhung des im Haushaltsplan 2017 vorgehaltenen Ansatzes um 25.000 € auf 115.000 € würde helfen, diese Aufgaben weiterhin an den Grundschulen anbieten zu können und die dortige Situation abzumildern.

Ratsherr Breucker teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion dem Vorschlag von Herrn Hostert und damit der Erhöhung des entsprechenden Haushaltsansatzes ab 2018 um 25.000 € anschließe. Ratsherr Adam für die CDU-Fraktion, Herr Pottgießer für die Fraktion DIE LINKE und Frau Schwarz für die FDP-Fraktion sagen, dass sie diesem Vorschlag ebenfalls zustimmen werden.

Ein notwendiger Deckungsvorschlag wird, nach Mitteilung von Ratsherrn Voß, durch den Stadtkämmerer bei den Haushaltsberatungen in der Sitzung des Hauptausschusses im Januar 2018 bzw. in der Ratssitzung im Februar 2018 bekanntgegeben.

Ratsherr Voß stellt nunmehr die Streichung der HSK-Maßnahme Nr. 103a zur Abstimmung:

Die Streichung wurde einstimmig beschlossen.

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Anschließend stellt Ratsherr Voß die Erhöhung des Ansatzes „Förderung von Bildungschancen“ im Haushalt 2018 von 90.000 € um 25.000 € auf 115.000 € zur Abstimmung:

Die Erhöhung des Ansatzes wurde einstimmig beschlossen.

Ja-Stimmen: 21

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

6. Beratung des Haushalts 2018

6.1. Beratung des Haushalts 2018, Fachdienst Schule und Sport, Produkte Schulen

Frau Kotziers erläutert die geplante Verwendung der Schulpauschale und der Sportpauschale, die Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2018 sowie die Liste der erforderlichen Baumaßnahmen an Schulen.

Nach erfolgter Diskussion über die Liste der Baumaßnahmen betont Herr Kuschmirtz, dass mit den seitens des Landes zur Verfügung gestellten Mitteln nicht alle notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden können. Dies habe u. U. eine Verschiebung von geplanten Maßnahmen in spätere Jahre und einen Sanierungsstau zur Folge.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Rigas-Gülde erläutert Herr Dietrich (ZGW) das Vorgehen bei der Deckensanierung in den Flucht- und Rettungswegen im Bergstadt-Gymnasium. Die dort vorhandenen Holzpaneeldecken seien aufgrund brandschutzrechtlicher Vorgaben zu entfernen. Es handele sich um eine Gesamtfläche von rd. 2.500 m², welche von der Sanierung betroffen sei. In diesem Zuge werden auch die derzeit vorhandenen Installationen erneuert sowie eine neue Beleuchtung eingebaut. Die Sanierung ergebe zudem, dass später die Pausenhalle für schulische Veranstaltungen genutzt werden könne. Herr Dietrich informiert weiter, dass die Baumaßnahme vom Sommer 2018 bis Sommer 2019 umgesetzt werden soll. Es sei daher geplant und erforderlich, dass der Schulbetrieb teil- und zeitweise in das Gebäude der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule ausgelagert werde.

Herr Kuschmirtz ergänzt hierzu, dass anfallende Ertüchtigungskosten zur Herrichtung der ehemaligen Hauptschule bereits in dem vorliegenden Ansatz berücksichtigt seien. Zudem habe die Ertüchtigung einen doppelten Wert. Nachdem das Bergstadt-Gymnasium im Sommer 2019 dort ausgezogen sei, werde die VHS in Teilen dort untergebracht. Es stehe dann im Rahmen des IHK Altstadt die Sanierung des Gebäudes „Alte Rathausstr. 1“ an.

In der weiteren Diskussion zur Beratung des Haushalts 2018 bezieht sich Frau Langs-Blöink auf die Maßnahmenliste, und zwar auf die Position „Richard-Schirrmann-Realschule, Maßnahmen Ganztags“, welche derzeit lediglich mit einem symbolischen Euro für die Jahre 2020 ff. angesetzt ist. Diese Realschule verfüge in keinster Weise über die erforderlichen Ressourcen, um dem dortigen Ganztagsbetrieb, auch unter Berücksichtigung pädagogischer Gesichtspunkte, gerecht zu werden. Sie wünsche sich, auch in Namen der dortigen Schulleiterin, dass die Politik die Arbeit an der Richard-Schirrmann-Realschule ebenso wahrnehme und wertschätze. Es sei sehr bedauerlich, dass für die dort erforderlichen Maßnahmen offenbar keine Gelder zur Verfügung ständen.

Herr Stach nimmt Frau Langs-Blöinks Äußerungen zum Anlass und schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses die Richard-Schirrmann-Realschule zu besuchen und sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen.

Ratsherr Voß gibt zu bedenken, dass derzeit noch keine verbindlichen Kostenschätzungen vorlägen und daher eine Begehung noch nicht wirklich Sinn mache. Es solle jedoch im Protokoll festgehalten werden, dass eine Ortsbesichtigung in der Richard-Schirrmann-Realschule erfolge, sobald konkrete und solide Planungen vorliegen. Ratsherr Voß erwarte dann einen entsprechenden Hinweis der ZGW.

Abschließend bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über die Produkte der Schulen mit Ausnahme des Zeppelin-Gymnasiums, somit Seiten 333 bis 342 sowie Seiten 346 bis 359 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2018 einschließlich der vorliegenden Änderungen für den Bereich Schulen sowie über die Streichung der Maßnahme-Nr. 103a des Haushaltssicherungskonzeptes (Schrittweise Reduzierung des Ansatzes „Förderung der Schulfähigkeit“) und die Erhöhung des Haushaltsansatzes von derzeit 90.000 € um 25.000 € auf 115.000 €.

Anmerkung: Ratsherr Ferber und Herr Hellwig waren bei den folgenden Abstimmungen nicht mehr anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

6.2. Beratung des Haushalts 2018, Fachdienst Volkshochschule

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen, bittet Ratsherr Voß direkt um Abstimmung über die Produkte der Volkshochschule, somit Seiten 367 bis 371 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2018.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

6.3. Beratung des Haushalts 2018, Fachdienst Musikschule

Mangels Wortmeldungen bittet Ratsherr Voß direkt um Abstimmung über das Produkt der Musikschule, somit Seiten 372 bis 374 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2018.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

6.4. Beratung des Haushalts 2018, Fachdienst Schule und Sport, Produkte Sport

Frau Kotziers verweist auf die vorliegende Verwendung der Sportpauschale 2018. Kurzfristig habe sich noch eine weitere Maßnahme „Sanierung Hallenboden und Prallschutz in der Turnhalle Kalve“ ergeben, welche aus bislang noch nicht konkret verplanten Mitteln der Sportpauschale finanziert werden soll. Diese Maßnahme werde über die Änderungsliste in den Bau- und Verkehrsausschuss eingebracht und ist mit einem Wert in Höhe von 63.600 € beziffert.

Nach weiterer Aussprache bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über die Produkte des Sports, somit Seiten 444 bis 448 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2018 einschließlich der vorliegenden Änderungen für den Bereich des Sports.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

7. Berichtswesen; hier: Schülerzahlen mit Stand vom 06.11.2017 Vorlage: 243/2017

Frau Kotziers bezieht sich auf die vorliegenden Sitzungsunterlagen und informiert die Anwesenden, dass der nächste Bericht über die Entwicklung der Schülerzahlen in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses im April 2018 vorgelegt werde. In diesem werden dann auch die Anmeldezahlen der weiterführenden Schulen für das kommende Schuljahr 2018/19 dargestellt.

Da zu dem vorliegenden Bericht keine Fragen oder Wortmeldungen bestehen, gibt der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses den Beschlussvorschlag direkt zur Abstimmung.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

Keine.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Beantwortung der Anfrage von Ratsherrn Meyer "Bolzhalle Höh, Umkleidemöglichkeiten für Schiedsrichter"

Herr Gelhausen bezieht sich auf die entsprechende Anfrage von Ratsherrn Meyer, welche aufgrund einer Mitteilung des Inlinehockey-Skaterverbandes an die Sauerland Steel Bulls in die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 12.09.2017 eingebracht wurde.

In der entsprechenden Mitteilung des Skaterverbandes werde u. a. eine separate Umkleidemöglichkeit für die in der Bolzhalle Höh zu Spielen eingesetzten Schiedsrichter gefordert. Andernfalls könne dem Verein die Genehmigung zur Nutzung der Bolzhalle Höh als Austragungsstätte von Spielen entzogen werden.

Herr Gelhausen gibt bekannt, dass die Verwaltung zeitnah die verantwortlichen Verbandsvertreter einladen wird, um gemeinsam Lösungsmöglichkeiten abzustimmen. Weiter führt er aus, dass der STL die jeweiligen Einbauten in der Bolzhalle Höh nach Vorgaben des Verbandes kurzfristig umbauen werde, damit diese mittelfristig weiter betrieben werden könne. Dazu seien in der Bolzhalle bereits umfangreiche technische und sicherheitsrelevante Maßnahmen umgesetzt worden.

8.3. Anfragen

Keine.

gez. Jens Voß

Vorsitzender

gez. Anke Keller

Schriftführerin